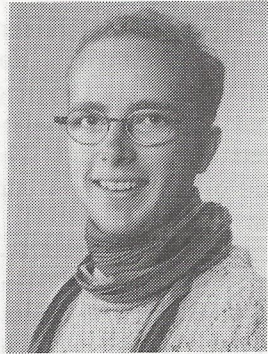
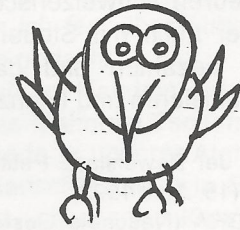


prattler post



Liebe Leserinnen und Leser

Die Schweiz und ihre Demokratie. Diese Demokratie, die es in dieser Form in keinem anderen Land gibt, erfüllt uns mit Stolz. Das so erlangte Mitspracherecht wollen wir auf keinen Fall verlieren oder gar mit anderen teilen. So verwehrt

sich die Schweiz einer Öffnung und verweigert oder erschwert mindestens anderen Menschen das Mitspracherecht in unserem Land.

Wenn nun aber der Tag der Mitsprache gekommen ist, schweigt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, sie geht nicht an die Urne.

Das wollen wir von den Unabhängigen der Ortsgruppe Pratteln nicht so halten. Wir sind für alle offen und tun unsere Meinung kund. Deshalb widmen wir die 11. Prattler Post der Genschutzinitiative. Jedoch nicht nur ihr. Wieder haben wir einige Themen aufgegriffen, die wir in unserer Politik umzusetzen versuchen. Dies wird uns mit Ihrer Unterstützung gelingen.

Stephan Ackermann

Gewalt an Prattler Schulen ?

Bis vor einigen Jahren war Gewalt an Schulen ein nord-amerikanisches Problem. Heute macht es den Anschein, dass auch wir Mitteleuropäer diesen "Trend" übernommen haben. Gerade aus städtischen Agglomerationen müssen wir öfter Schlagzeilen über Gewalt an Schulen lesen. Die Palette ist extrem breit und beginnt im kleinen harmlosen Rahmen, kann aber leider auch bis zur brutalen Gewalt ausarten.

Nun bringt es unseren SchülerInnen, der Lehrerschaft und der ganzen Gesellschaft wenig, wenn nur der Teufel an die Wand gemalt wird. Konkrete Problemlösungen sind gefordert. Der erste Schritt dazu ist sicherlich eine genaue Registration des Problems - sprich der Gewalt. Je nach

INHALT:

- Begrüssung
- Gewalt an Prattler Schulen
- 400 kv-Leitungen über unseren Häusern
- Stacheldraht ums Trinkwasser
- Genschutzinitiative
- Meinungen aus dem LdU-Vorstand
- Schlusswort

Extra-Ausgabe Genschutzinitiative

Volksabstimmung - vom 7. Juni 1998

Stand der Dinge sind dann die PolitikerInnen gefordert, geeignete Mittel einzusetzen, um der Gewalt entgegen zu wirken. Schulen sind Lern- und Lehrzentren und nicht Treffpunkte der Gewalt.

Nun wissen wir im Moment noch nicht, was an den Prattler Schulen alles läuft. Aus diesem Grund haben wir Unabhängigen ein Postulat eingereicht. Der Titel: "Gewalt an unseren Schulen". Wir möchten vom Gemeinderat einen Bericht, welcher zur Situation in Pratteln Auskünfte erteilt.

Philipp Schoch

LANDESRING. Die Unabhängigen.

400 kV-Leitungen über unseren Häusern

In Pratteln ist die Umrüstung der Hochspannungsleitungen von 230 auf 400 kV fast geräuschlos über die Bühne gegangen. Vor Jahren sah es noch so aus, als ob sich gegen die internationalen Stromschienen Protest erheben würde. Aber nun sind die neuen Kabel eingefädelt und bald knistert es etwas lauter, wenn man unter den Leitungen durchgeht.

Der sogenannte "Elektrosmog" ist kaum erforscht. Deshalb haben die Stromhandelsgesellschaften fast alle Argumente auf ihrer Seite. Dazu zählt, dass eine funktionierende Volkswirtschaft kostengünstigen Strom braucht. Bekommen Menschen, die im Einflussbereich der Hochspannungsleitungen leben, gesundheitliche Probleme, denken sie nicht gerade in erster Linie an die Möglichkeit, dass ihre Krankheit vom Strom beeinflusst ist. Ausserdem kennen wir in der Schweiz das Prinzip der Beweislast für Verursacher schädigender Einflüsse¹ noch immer nicht! Geschädigte Menschen können in der heutigen Situation kaum nachweisen, dass der 'Elektrosmog' an ihrer Krankheit massgeblichen Einfluss ausübt.

Grosse Stromkonsumenten dürfen dank den aufgerüsteten Hochspannungsleitungen vom billigen internationalen Angebot profitieren, während die Kleinkonsumenten ein-

mal den teuren schweizerischen Atomstrom kaufen und dann später auch mit Steuern die Stilllegung der Kernkraftwerke bezahlen und das Hüten des strahlenden Mülls² organisieren und finanzieren.

1. Umkehr der Beweislast: Petition der Unabhängigen an den Landrat (15. April 1992)
2. Die NAGRA (Nationale Gesellschaft für radioaktive Abfälle) hat bis heute den Nachweis für eine sichere Endlagerung nicht erbracht.

Rolf Ackermann

LANDESRING. Die Unabhängigen.

Stacheldraht ums Trinkwasser

Das Grundwassergebiet Löli wurde mit einem Zaun aus verzinktem Material vor unerwünschten Verunreinigungen geschützt. Diesem Schutzmantel hat man als Krönung noch eine massive Stacheldrahtabschrankung obenauf gesetzt.

Woher könnten die Verunreinigungen kommen? Da wären einmal freilaufende Hunde, die sich im Areal versäubern. Vielleicht auch noch Menschen, die das gleiche tun? Dafür diese massive Abgrenzung?

Freilaufendes Wild, welches den Weg durch die Grünzone nehmen will, bleibt am Zaun hängen. Für Hasen, Igel und Füchse ist kaum mehr ein Durchkommen.

Endlich sind die gefährlichen Grundwasserverschmutzer ausgeschlossen. Bauern haben für die Gatter passende Schlüssel und kennen die Vorschriften, welche für den Schutz des Trinkwassers gelten. Nun droht uns keine Gefahr mehr. Alles ist in Ordnung!

Ist es das? Was kümmert den Bösewicht der Zaun! Hat er nicht eine währschafte Zange zur Hand? Wie wäre ein entgleisender

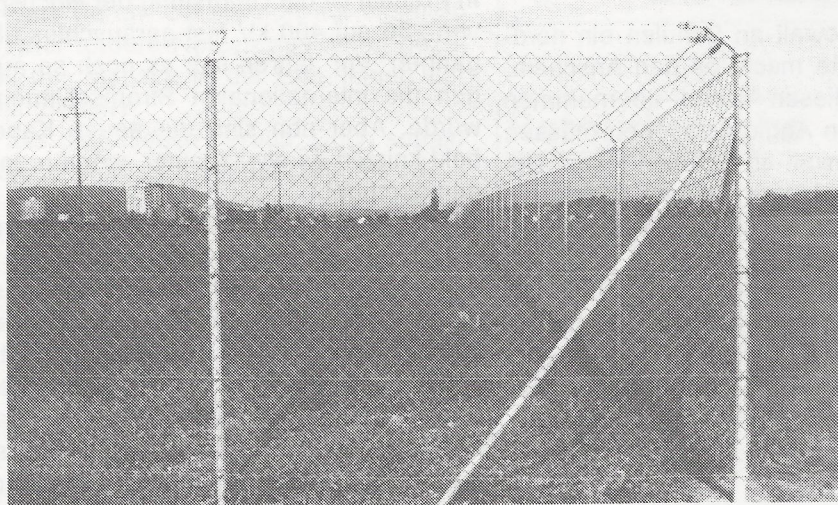
Zug mit den Drahtmaschen aufzuhalten?

Oder das Flugzeug, welches vom Himmel fällt, richtet es nicht mehr Schaden an, als hunderttausend pinkelnde Hunde?

Wir haben einen Zaun bezahlt, der unser kost-

bares Trinkwasser schützen soll. Und Metall wird mit der Zeit auch in den Boden wandern. Hauptsache aber, heute werden Vorschriften erfüllt! Hase, Fuchs und Igel haben keinen Platz in der ausgeräumten Rheinebene!

Rolf Ackermann



GENSCHUTZINITIATIVE

Volk und Stände haben am 17. Mai 1992 den Verfassungsartikel zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie gutgeheissen. Diese Vorlage war ein direkter Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe von Bundesrat und Parlament zur (später zurückgezogenen) Volksinitiative "gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie bei Menschen", der sogenannten "Beobachter-Initiative". Die am 13. April 1987 von der Zeitschrift "Der schweizerische Beobachter" mit 126 686 gültigen Unterschriften eingereichte Volksinitiative wollte eine Ergänzung der Bundesverfassung, speziell was den künstlichen Umgang mit menschlichem Keim- und Erbgut betraf. Die "Beobachter-Initiative" verlangte vom Bund insbesondere, Bestimmungen zur Wahrung der Würde des Menschen und des Schutzes der Familie zu erlassen.

Der Schwerpunkt der Initiative lag damit klar bei der *Fortpflanzungsmedizin am Menschen* (Humangenetik). Der Bundesrat unterstützte zwar im Grundsatz die wesentlichen Anliegen sowie die meisten Forderungen der Initianten; weil die Initiative aus seiner Sicht erhebliche Mängel aufwies, sprach er sich letztlich gegen das Volksbegehren und für einen Gegeneinwurf aus.

Der Bundesrat strebte mit seinem Gegenvorschlag eine *umfassende Regelung* der Gentechnologie an. Im Gegensatz zur Initiative, die ausschliesslich Missbräuche in der menschlichen Fortpflanzungsmedizin verhindern wollte und sich auf den Humanbereich konzentrierte, umfasste der bundesrätliche Vorschlag auch die Gentechnologie bei Tieren und Pflanzen. Während die "Beobachter-Initiative" eine Reihe konkreter Verbote forderte, wollte der Bundesrat vor allem eine *allgemeine Gesetzgebungskompetenz* in der Verfassung verankern.

Beide Kammern lehnten in der parlamentarischen Beratung im Sommer 1990 bzw. im Frühjahr 1991 die "Beobachter-Initiative" ab. Gleichzeitig verdeutlichten und ergänzten sie jedoch in einigen Bereichen den bundesrätlichen Gegeneinwurf im Sinne eines Vermittlungsvorschlages zwischen den Anliegen der Regierung und der Initianten.

Verfassungsartikel

24novies

Die bereinigte Vorlage wurde in der Schlussabstimmung von beiden Räten deutlich angenommen, worauf die "Beobachter-Initiative" zurückgezogen wurde. Volk und Stände stimmten dem neuen Verfassungsartikel in der

Volksabstimmung von 17. Mai 1992 mit 1 270 816 (73,8%) Ja gegen 450 676 (26,2%) Nein zu.

Seither verfügt die schweizerische Bundesverfassung mit Artikel 24novies über einen Verfassungsartikel zur Fortpflanzungs- und Gentechnologie, der folgenden Punkte:

1 Der Mensch und seine Umwelt sind gegen Missbräuche der Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie geschützt.

2 Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit menschlichem Keim- und Erbgut. Er sorgt dabei für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Familie.

3 Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit Keim- und Erbgut von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen. Er trägt dabei der Würde der Kreatur sowie der Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt Rechnung und schützt die genetische Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten.

Der Verfassungsartikel enthält somit Bestimmungen sowohl über die Anwendung der *Fortpflanzungsmedizin* beim Menschen als auch über die *Gentechnologie im ausser-humanen Bereich* bei Tieren und Pflanzen (Absatz 3).

Hier ein paar Meinungen aus dem LdU-Vorstand:

Philipp Schoch:

Jede und jeder von uns Menschen ist in einer ganz bestimmten Mixtur zusammengestellt. Viele Millionen Gene sind für jedes einzelne Individuum verantwortlich. Weshalb meine Ohren etwas abstehen, ich genau 183 cm gross bin, ich koordinativ eher ungeschickt bin und ich braune Augen habe.

Hätte es Gentechnologie 1965 schon gegeben, wäre ich vielleicht ganz anders herausgekommen, viel perfekter. Etwa intelligenter, breitschultriger und meine Haare würden nicht schon mit knapp 25 Jahren schütter.

Ich habe aber gelernt mit MIR zu haushalten, mit all meinen Vorzügen und negativen Seiten. Nun zurück in den Gen-Frühling des Jahres 1998. Die Gegner der Genschutzinitiative erklären uns, sie wollen dann endlich krebserkrankte Kinder heilen, die ganze üble Geschichte mit HIV und AIDS ganz simpel und billig im Gentech-Labor erledigen. Selbstverständlich nur für sinnvolle Anwendungen wird die Genveränderung ausprobiert, die Ethik verpflichtet jeden Forscher!

Falls die Genschutzinitiative vom Volk angenommen wird, gehen viele Arbeitsplätze nicht nur in unserer Region verloren, Gentechnologie wird im Ausland betrieben, ob es uns passt oder nicht. Die USA, wie auch die Europäische Union kennen praktisch keine Grenzen für Gentech, alles ist möglich, alles ist erlaubt. Und wir in der Schweiz sind gentechfreie Zone, wo Menschen an mittelalterlichen Krankheiten sterben, welche längst mit der Gentherapie behandelt werden könnten.

Muss es den die Genschutzinitiative sein? Genügt nicht auch das Genlex-Paket als Kompromiss zwischen der absoluten Freizügigkeit der Gentechnik und des strikten Verbotes der Schutzinitiative?

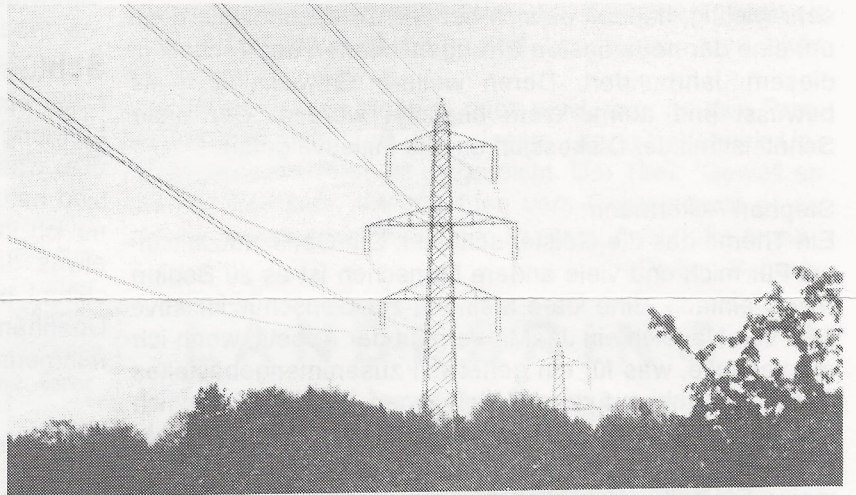
Rolf Ackermann:

Unser blauer Planet hat dem Menschen bisher fast unbeschränkte Möglichkeiten zur freien Entfaltung geboten und der Mensch hat das Angebot nicht ausgeschlagen. Auch in Zukunft wird der Mensch weiterforschen und sein Suchen lässt sich mit keinen Gesetzen verbieten. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit sollten uns die Richtigkeit meiner Behauptung beweisen: Verbote sind immer umgangen worden und wenn Wissenschaft an freien Univer-

sitäten nicht mehr möglich ist, wird sie trotzdem weitergehen, ist dann aber, so bin ich fest überzeugt, nicht mehr alleine zu unserem Nutzen gedacht...

Die Menschen haben mit ihrem Handeln auf unserer Erde viel Unheil angerichtet. Das Mahnmal Tschernobyl ist verdrängt. Die hohen Ozonwerte in unserer Atemluft werden registriert, Aids und mörderische Kriege in Europa (ehemaliges Jugoslawien) sind von uns zur Kenntnis zu nehmen und welchen Einfluss haben wir tatsächlich auf den Weltenlauf?

Nein, ich bin nicht der Meinung, dass wir resigniert aufgeben müssen! Ich werde mich weiterhin für eine erlebenswerte Zukunft einsetzen. Aber die Genschutzinitiative lehne ich ab, weil sich damit keine der von den Initianten aufgezeigten Probleme lösen lassen. Als Konsumenten haben wir es in der Hand, ob wir Lebensmittel akzeptieren, die gentechnisch verändert sind. Und auch damit werden es nicht alle gleich ernst nehmen. Die Initianten haben ein grosses Lob verdient, weil sie immerhin aufgezeigt haben, dass wir immer alle gemeinsam verantwortlich sind. Weltweit und im Dorf.



Petra Ramseier:

Eigentlich möchte ich die Genschutzinitiative annehmen. Sie spricht viele Bereiche in der Anwendung von Gentechnologie an, die mir sehr am Herzen liegen. Zum einen die Herstellung von 'Genfood' - Nahrungsmittel, die aus genveränderten Organismen hergestellt werden. Die Vorstellung macht mir Angst, dass der Markt von diesen Nahrungsmitteln überschwemmt wird, und dass ich keine Kontrolle mehr habe, was mir angeboten wird. Ich kann auch nicht abschätzen, wie mein Organismus dieses Genfood verträgt.

Zum Genfood gehört auch die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen zum Anbau von Nahrungsmitteln in der Landwirtschaft. Die Auswirkungen für die Natur und die wilden Pflanzen sind nicht absehbar. Man weiss nicht genau, wie häufig und wie stark die fremden Gene über Gentransfer in wilde Populationen übergehen können, und wie weit sie sich dort auch etablieren und ausbreiten werden. Diese Risiken sind für mich im Moment nicht abschätzbar und deshalb bin ich für die restriktiven Verbote der Genschutzinitiative.

Andererseits wird mit der Genschutzinitiative auch die gesamte Forschungsarbeit in diesem Land radikal unterbunden. Und damit auch die Chance der Schweiz, im Be-

reich Sicherheitsmassnahmen und Risikoabschätzungen mitzuarbeiten. Mit der Annahme der Genschutzinitiative koppeln wir uns von den weiteren Entwicklungen in der Gentechnologie ab. Aber die Auswirkungen in der Gentechnologie, insbesondere die Freisetzung von Pflanzen wird dennoch auf die Schweiz Einfluss nehmen. Und vor den 'positiven' Erkenntnissen vor allem im medizinischen Bereich, wie neue Medikamente und Gentherapien, werden wir uns nicht verschliessen können und auch nicht wollen.

Es ist meine Meinung, dass wir uns weiterhin mit der Gentechnologie auseinandersetzen müssen und uns nicht aus diesem Prozess zurückziehen können. Aus diesem Grund werde ich die Genschutzinitiative ablehnen. Ich denke aber, dass die Initiative im Vorfeld der Abstimmung einen guten Dienst geleistet hat. Erst durch die heftigen Diskussionen um die Initiative ist dieses Thema auch von der breiten Bevölkerung aufgenommen worden. Die Leute sind nun aufmerksamer und werden weiter verfolgen, was die Politiker entscheiden. Der Meinungsaustausch zwischen Bevölkerung und Politiker ist bei diesem Thema sehr wichtig, handelt es sich bei der Gentechnologie doch um eine der neuartigsten Errungenschaften der Technik in diesem Jahrhundert. Deren weitere Entwicklung muss bewusst und aufmerksam begleitet werden. Der erste Schritt ist mit der Diskussion um die Initiative getan.

Stephan Ackermann:

Ein Thema das die Geister scheidet. Die Genschutzinitiative! Für mich und viele andere Menschen ist es zu Beginn relativ einfach. Eine klare Meinung zur Genschutzinitiative liegt vor. Nämlich ein Ja. Mir vergeht der Appetit, wenn ich mir vorstelle, was für ein genetisch zusammengebasteltes Essen vor mir auf dem Teller liegen könnte. Wenn ich selber koche, habe ich einen Einfluss auf meine Nahrungsmittel, doch sobald ich auswärts esse schwindet meine Freiheit. Ich werden gegen meinen Willen mit Genfood gefüttert.

Das gleiche gilt bei den Tieren. Ob sie nun auf unserem Küchentisch landen oder andere Nutzen aus ihnen gezogen wird. Wieso soll der Mensch in die Erbanlagen der Tiere und Pflanzen eingreifen?

So ist die Reaktion aus dem Bauch heraus. Doch sobald ich mir Gedanken mache, wackelt mein überzeugtes Ja.

Der Mensch greift schon seit Jahrtausenden, durch Züchten und Kreuzen, in die Erbanlagen der Tiere und Pflanzen ein. Unsere Nahrungsmittel sind schon lange keine ursprünglichen Naturgüter mehr. Die Gentechnik beschleunigt diesen Prozess, ersetzt die chemischen Substanzen in Nahrungsmittel vielleicht mit genetischen. Das spricht jedoch noch lange nicht gegen die Genschutzinitiative. Erst wenn ich mir über den möglichen medizinischen Nutzen Gedanken mache, neige ich zu einem Nein. Ob die Versprechen der Genforschung erreicht werden oder nicht, ist ein anderes Kapitel. Jedoch ruht genau dort auch eine Angst. Wo führen die Möglichkeiten der Gentechnologie hin?

Verhindern wir mit der Initiative Missbräuche auf diesem Gebiet überhaupt? Was bringt es, wenn in der Schweiz eine gentechnologische Insel entsteht? Unsere Landes-

grenzen können von Genmutanten problemlos überschritten werden. Wäre es nicht besser, wenn der Gentechnologie ein Rahmen gesteckt wird, in der Forschung und Entwicklung möglich wäre. Jedoch kontrolliert von der Öffentlichkeit. Denn die Sicherheit ist in der Schweiz wohl eher gewährleistet als anderswo. Dies ist Eines, das klar ist: durch die Annahme der Initiative verbieten oder gar verunmöglichen wir die Gentechnik nicht, sondern verschieben sie in eine Sphäre wo wir keinen positiven Einfluss mehr nehmen können.

Da ich nicht glauben kann, dass ein Ja zur Initiative die Probleme löst, bin ich der Meinung, dass mit einem Nein Wege zur Lösung gesucht werden müssen.

Die Unabhängigen Pratteln im Internet:

<http://www.ldu.ch>
...surf doch mal vorbei!

Schlusswort (11. Teil)

Nach einem weiteren Rundflug kann ich nun wieder zur Landung ansetzen. Es war interessant zu beobachten, über was ihr auf der Erde diesmal diskutiert habt. Für mich sind natürlich die Starkstromleitungen interessant, begegne ich ihnen doch auf jedem Flug. Hoffentlich war auch etwas dabei, dass bei Ihnen auf Interesse stösst. Bestimmt haben Sie auch etwas dazu zu sagen. Bei den Unabhängigen freut man sich auf weitere Diskussionsteilnehmerinnen.

LANDESRING. Die Unabhängigen.

Retourkutsche

Adr. LdU-Ortsgruppe Pratteln, Fröschmattstrasse 25 4133 Pratteln

Name.....

Vorname.....

Strasse.....

PLZ; Ort.....

Es interessiert mich, was bei der LdU-Ortsgruppe so läuft!

Ich möchte die Unabhängigen unterstützen!

Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein!